

Beschlussprotokoll

nichtöffentliche Sitzung¹

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

42. Sitzung
3. März 2014

Beginn: 10.06 Uhr
Schluss: 13.05 Uhr
Anwesenheit: siehe Anlage
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss findet sich im Geheimschutzraum des Abgeordnetenhauses (Raum 350) ein, da der Senat in der letzten (41.) Sitzung angekündigt hat, dass einige Fragen der öffentlichen Fragenkataloge der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zu Punkt 1 der heutigen Tagesordnung nur in einem Sitzungsteil mit dem Geheimhaltungsgrad „VS-Geheim“ beantwortet werden können (siehe Beschlussprotokoll der 41. Sitzung).

Entsprechend der Mitteilung zur Einladung vom 27. Februar 2014 beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion, die Tagesordnung um folgenden neuen Punkt 2 zu erweitern:

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Kooperationsvereinbarung vom 12.02.2014 über
landesübergreifende Funkstreifenwageneinsätze in
Berlin und Brandenburg**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU).

[0151](#)
InnSichO

¹ Dieses Beschlussprotokoll enthält nur öffentliche Umstände und Tatsachen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
V-Person des LKA Berlin im NSU-Bereich
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0143](#)
InnSichO

Der Ausschuss beschließt entsprechend § 9 Abs. 1 S. 1 der Anlage 6 GO Abghs einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion den Geheimhaltungsgrad „VS-Geheim“ gemäß § 5 Nr. 2 der Anlage 6 GO Abghs bezüglich Punkt 1. Dies erfolgt vor dem Hintergrund, dass die zugrunde liegenden Akten und Unterlagen der Berliner Polizei mit dem Geheimhaltungsgrad VS-Geheim eingestuft sind.

Nach einer kurzen Debatte über die Notwendigkeit eines Geheimhaltungsbeschlusses gemäß § 353 b Abs. 2 Nr. 1 StGB weist der Vorsitzende darauf hin, dass nach der Anlage 6 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses ein solcher Beschluss zwingend ist und stellt Einvernehmen hinsichtlich der Beschlussfassung des Ausschusses fest. Er legt dar, dass im Anschluss an diesen geheimen Sitzungsteil zu Punkt 1 der Ausschuss in Raum 311 die Punkte 2 und 3 in öffentlicher Sitzung fortsetzen kann.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass er Sitzungsnotizen zu Punkt 1 entsprechend § 9 Abs. 5 S. 2 der Anlage 6 GO Abghs genehmigt und diese gemäß § 9 Abs. 5 S. 3 der Anlage 6 GO Abghs nach der Sitzung der VS-Registratur zu übergeben oder zu vernichten sind. Er informiert darüber, dass Herr Senator Henkel (SenInnSport) aufgrund eines durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Vorfeld der Sitzung gestellten Antrags die Akte über einen ehemaligen V-Mann in den Geheimschutzraum des Abgeordnetenhauses mitgebracht hat, damit diese bei Bedarf im Rahmen der heutigen Sitzung eingesehen werden kann.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Inhaltsprotokolls gemäß § 9 Abs. 3 S. 2 der Anlage 6 GO Abghs zu Punkt 1.

Die Fraktionen verzichten vor dem Hintergrund der bereits erfolgten Begründung des Besprechungsbedarfs in der 39. Sitzung am 30. Januar 2014 einvernehmlich auf dessen erneute Begründung.

Herr Senator Henkel (SenInnSport), Herr Polizeipräsident Kandt, Herr Stepien (Leiter der Abteilung 5 des Landeskriminalamts - Polizeilicher Staatsschutz) und Herr Henninger (Dezernatsleiter innerhalb der Abteilung 5 des Landeskriminalamts - Polizeilicher Staatsschutz) beantworten die Fragen 2, 14, 18, 19, 26, 42, 61, 62 und 63 des im Vorfeld der letzten (41.) Sitzung eingereichten öffentlichen Fragenkatalogs der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Fragen 24, 41 und 45 des ebenfalls im Vorfeld der 41. Sitzung eingereichten öffentlichen Fragenkatalogs der Fraktion Die Linke (siehe Beschlussprotokoll der 41. Sitzung). Ferner machen sie ergänzende Ausführungen zu den Fragen 49, 50 und 53 des öffentlichen Fragenkatalogs der Fraktion Die Linke (siehe Beschlussprotokoll der 41. Sitzung). Darüber hinaus beantworten sie die Fragen eines als VS-Geheim eingestuften Fragenkatalogs der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und beantworten mündliche Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss an die Beratung kommen die Ausschussmitglieder überein, den Besprechungspunkt abzuschließen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Kooperationsvereinbarung vom 12.02.2014 über
landesübergreifende Funkstreifenwageneinsätze in
Berlin und Brandenburg**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

[0151](#)
InnSichO

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Punkt aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, dass der Senat alle im Vorfeld der heutigen Sitzung eingereichten sowie in den vorherigen Sitzungen vertagten Besonderen Vorkommnisse schriftlich vor der kommenden 43. Sitzung am 17. März 2014 beantworten wird und diese in dieser Sitzung wieder aufgerufen werden, damit der Ausschuss dann über die Antworten beraten kann. Dabei handelt es sich um folgende Punkte und Fragen:

- a. "Polizeieinsatz während der Proteste im Rahmen des Refugee-Schulstreiks Berlin am 13.02.2014"
(eingereicht durch die Piratenfraktion und vertagt in der 41. Sitzung)
- b. „Liste des LKA 42“
 - aa. „Aufgrund welcher Informationen und Kriterien wurde die Liste des LKA 42 erstellt, in der Orte benannt werden, an denen ‚Rocker‘ ihre Geschäfte machen oder an denen sich diese treffen sollen?“
 - bb. „Aus welchem Grund und für welchen Zweck wurde diese Liste erstellt?“
 - cc. „Warum wurden die Betreiber/innen von Restaurants, Bars, Clubs etc., die auf dieser Liste genannt werden, nicht über die Erstellung der Liste informiert bzw. in die Erstellung miteinbezogen?“
(Fragen b. aa. bis cc. eingereicht zur 37. Sitzung durch die Piratenfraktion und vertagt in der 37, 38. und 41. Sitzung)
- c. „Wann ist mit einem Abschluss der seit Herbst 2012 laufenden Prüfungen zur Vereinbarkeit der Tätigkeit des Staatsskretärs a. D. Freise bei der PinAG zu rechnen, der bereits für Januar 2013 angekündigt war? Beabsichtigt der Senat, den Ablauf der Fünf-Jahres-Frist des § 41 BeamtenstatusG untätig abzuwarten?“
(eingereicht zur 37. Sitzung durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und vertagt)

in der 37, 38. und 41. Sitzung)

- d. "Wie bewerten der Senator für Inneres und Sport und der Polizeipräsident die Inhalte des selbst gedrehten Videos der Mitglieder der 23. Einsatzhundertschaft der Berliner Polizei und welche Konsequenzen werden gezogen?"
(eingereicht durch die Piratenfraktion zur 42. Sitzung)

Die Fraktion Die Linke hat zu diesem Punkt folgende schriftliche Fragen eingereicht:

- Wann, wo und von wem wurden die Aufnahmen angefertigt und geschah dies auch in der Arbeitszeit?
 - Welche (disziplinar-)rechtlichen Prüfungen wurden angestellt und mit welchem Ergebnis?
 - Warum will der Innensenator sich das Video laut Presseberichten nicht ansehen? Fühlt er sich nicht zuständig?
 - Welche Maßnahmen ergreifen Senat und Polizeiführung, um die Entstehung dieser teils menschenverachtenden Filmaufnahmen aufzuarbeiten und die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen?
- e. „Anschläge auf die Bewohner des ‚Carlofts‘ in der Liegnitzer Straße in Kreuzberg durch Linksextreme“
(eingereicht durch die Fraktion der CDU zur 42. Sitzung)
- f. "Wie geht die Polizei mit V-Mann Hinweisen zu geplanten Mordanschlägen um?"
(eingereicht durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur 42. Sitzung)
- g. „Späte Veröffentlichung der Demo der Partei ‚Die Rechte‘ am 13.02.2014“
(eingereicht durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur 42. Sitzung)
- h. „Polizeieinsatz bei den Protesten gegen die NPD-Kundgebung vor dem Rathaus Neukölln am 26. Februar 2014“
(eingereicht durch die Piratenfraktion zur 42. Sitzung)

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste 43. Sitzung findet am 17. März 2014 um 10.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Peter Trapp

Dirk Behrendt